

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Abonnementpreis einschließlich Eringerlohn monatlich 900.— M., durch die Post bezogen monatlich 990.— M., unter Streifen für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Nonpareilzeile 75.— M., die 3 gespaltene Zeile 50.— M., abwärts 100.— u. 400.—, Ausland 500 u. 1000 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung, Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Mietanzeigen 25 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 30 M.

Nr. 1

Dresden, Dienstag den 2. Januar 1923

34. Jahrg.

Reinholds Klage

In dem Leipziger Tageblatt begrüßt der ehemalige Finanzminister Dr. Peter Reinhold das neue Jahr mit einem Klagestich über die politische Lage in Sachsen, das an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtet ist. Die Sozialdemokratie sei, allen Erfahrungen der letzten Jahre zum Trotz, unter Preisgabe nicht nur jeder Selbstachtung, sondern auch mancher Grundzüge den Kommunisten nachgelaufen. Den Versuch aber, mit den Demokraten oder gar mit der Deutschen Volkspartei eine Mehrheitsregierung zu bilden, habe sie nicht gemacht. Alle Parteien, nicht zuletzt die sozialistische, seien seit Monaten überzeugt, daß auf die Dauer die Situation unhaltbar sei, und daß das politische Leben in Sachsen, wenn es noch einige Zeit so weiter gehe, verjümpfen müsse.

Reinhold berichtet dann aber, daß die Demokraten die Regierung unterstützen werden, soweit diese die Verfassung nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach durchzuführen werde. Sie würden insbesondere alles tun, um den Sozialdemokraten die Möglichkeit zu geben, sich von den kommunistischen Einflüssen mehr und mehr frei zu machen. Im übrigen sei es Sache des Parlaments, durch den Versuch positiver Arbeit zu helfen, das auch in Sachsen den unhaltbar gewordenen Zuständen in ihren entscheidenden Auswirkungen — man denke nur an die Wohnungsnot und die Verelendung des Mittelstandes — die immer krasser in Erscheinung treten, so gut als möglich abzuwehren.

Herr Reinhold ist also sehr betrübt darüber, daß wir den bürgerlichen Parteien, die bei der Wahl so gründlich reinfiefen, nicht gerührt in die Arme gefunden sind. Wir werden uns trotz allem bürgerliche Kameraden darüber, daß wir den Kommunisten nachlaufen, nicht davon abhalten lassen, unsere Pflicht zu tun, die darin besteht, daß wir immer wieder versuchen, eine Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterschaft Sachsens herzustellen. Wenn diese Versuche vorläufig an der Einheitslosigkeit der Kommunisten scheiterten, so ist das nicht unsere Schuld. Wir sind aber der Überzeugung, daß auch die heute noch auf kommunistischer Seite stehenden Arbeiter über kurz oder lang erkennen werden, daß es ihre Pflicht ist, der in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossenen Mehrheit der sächsischen Arbeiterschaft die Hand zu gemeinsamer praktischer Arbeit zu reichen.

Dah wir nach diesem Ausfall der Wahl versuchen würden, hier in Sachsen eine Koalitionsregierung zu bilden, dürfte wohl Herr Reinhold selbst kaum erwartet haben. Von der Arbeiterschaft wäre es, nachdem wir den bürgerlichen Angriff gegen die sozialdemokratische Regierung erfolgreich abgewehrt hatten, nicht begriffen worden, wenn wir nach der Wahl Vertreter der bürgerlichen Parteien in die Regierung aufgenommen hätten.

Im übrigen nehmen wir gern davon Kenntnis, daß die Demokraten bereit sind, die Regierung zu unterstützen, wenn sie im Geiste der Verfassung tätig ist. Die Herren Demokraten haben vielleicht doch infolge des Wahlausfalles eingesehen, daß sie nicht gut daran tun, Herrn Blücher und den

Seinen treuen Gefolgsschaft zu leisten. Über die Verfassungstreue der Regierung und der Sozialdemokratie braucht sich Herr Reinhold wahrhaftig keinerlei Sorgen zu machen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Regierung und die Sozialdemokratie die Grundzüge der Verfassung streng beachten werden. Freilich die Herren von den bürgerlichen Parteien haben allerdings manchmal recht merkwürdige Auffassungen über den Geist der Demokratie und der Verfassung. Darauf kann die Sozialdemokratie keine Rücksicht nehmen. Sie wird das tun, was nach ihren Anschauungen das Wohl des Volkes und die Grundzüge der Demokratie erfordern. Dabei werden wir selbstverständlich so viel als irgendmöglich von unseren sozialistischen Zielen in Sachsen zu verwirklichen suchen.

Ein neuer Erfüllungspolitiker

Der Volksparteiler Dr. Becker (Sachsen), der gegenwärtig Wirtschaftsminister des Reiches ist, gebärdete sich als Abgeordneter gemeinsam mit Seiffert, Bergt und Westphal jahrelang als entschiedener Gegner der Erfüllungspolitik. Jetzt, da er Verantwortung tragen muß, wendet er sich in einem Neujahrsartikel in der volksparteilichen „Zeit“ an die Entente und bittet um gut Wetter. Der Schluß seines Artikels lautet:

„Wir wollen und wir müssen uns mit den andern Kriegsgegnern darüber verständigen, wie wir die Lasten des Krieges auch Ihnen tragen helfen, und gerade die jetzige Regierung hat ihren dahinschwebenden Willen oft und klar genug ausgesprochen. Zeige man nun doch endlich auch auf der andern Seite einmal, daß man dort nicht aus Rücksicht und aus imperialistischen Verlangen nach Loslösung deutschen Staatsgebietes und Zerstückelung der Reichseinheit strebt, sondern daß man ernstlich getreut ist, sich mit uns über Reparationsleistungen im Rahmen wirklicher deutscher Leistungsfähigkeit im Wege ernster Verhandlungen von Mann zu Mann auseinanderzusetzen. Wir sind bereit zu solchen Verhandlungen und haben alle Vorbereitungen dazu getroffen. An unserm guten Willen wird es nicht fehlen. ... Wir wollen und wir werden bei solchen Verhandlungen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen. Das sind wir schon unseren bedrängten und bedrückten Opfern im Rheinland schuldig.“

Es ist auch erfreulich, daß die Oppositionellen von ehemals plötzlich verantwortungsbewußt werden, so rufen doch die Intrigen des Herrn Becker, Seiffert, gegen das Skabinett Wirth traurige Erinnerungen wach. Hoffentlich lernt das deutsche Volk aus der Laffade, daß die Männer, die heute die Verantwortung tragen, und früher das, was sie heute machen, verfahren, jetzt aber gutheißend, wenn es schon vor Jahren um das Wohl Deutschlands ernst zu tun war.

Die deutschen Vorschläge

Nach endlosen Verhandlungen hat die Regierung Cuno schließlich einen Vorschlag für die Pariser Konferenz aufgestellt, der auf die endgültige Lösung des Reparationsproblems hinausläuft. Bekanntlich haben die internationalen Sachverständigen während der Reparationsbesprechungen, die Ende September und Anfang November in Berlin stattfanden, übereinstimmend erklärt, daß eine endgültige Lösung naturgemäß eine äußere Anleihe zur Voraussetzung hat. Die äußere Anleihe bildet deshalb die Voraussetzung zur Verwirklichung des deutschen Vorschlags, der schließlich in nichts zerfallen muß, wenn uns die angebotenen Mittel nicht vom Ausland auf mehrere Jahre geliehen werden und uns im Innern die Möglichkeit gegeben ist, die eigenen Mittel wenigstens vorläufig zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verwenden. Andererseits wird eine äußere Anleihe niemals ohne Garantien Deutschlands zustande kommen. Wer aber vermag diese Garantien zu geben? Das Reich kann lediglich seine Hölle anbieten und ist im übrigen auf die Mitarbeit der Wirtschaft angewiesen. Von einer Mitarbeit der Wirtschaft aber steht in den deutschen Vorschlägen nicht ein Wort, trotzdem die Regierung groß und breit mitteilt, daß sich die Industrie bereit erklärt hat, Opfer zu bringen. Im Interesse Deutschlands könnte uns nur angenehm sein, wenn die Leute, die bisher so viel von Opferfreudigkeit geredet haben, endlich einsehen würden, daß eine Mitarbeit auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Aber die formelle Zusicherung, die Herr Cuno von Vertretern der Industrie über die Mitarbeit in der Laide hat, ist für uns noch lange kein Anlaß, in den Optimismus der Regierung zu verfallen und die Opferfreudigkeit der Industrie als Tatsache hinzunehmen. Solange wir keine konkreten Garantien der Industrie sehen, und solange man noch nicht einmal über die konkrete Form gesprochen hat, müssen wir nach allen Erfahrungen der Auffassung bleiben, daß es nach wie vor mit der Opferfreudigkeit der Industrie nicht weit her ist. Und seien wir doch ehrlich, die Wirtschaft hat sich nach tagelangen Verhandlungen selbst erst zu dieser nichtsagenden formellen Erklärung bereit gezeigt, weil man bereits in London gefragt hat, wie verhält sich die deutsche Industrie zu den Vorschlägen, ohne daß Bergmann postiv antworten konnte, und weil man die neuen Pläne der Reichsregierung in Paris nicht von vornherein an einem gleichen Einwand scheitern lassen wollte.

Unter diesen Umständen stehen wir den Pariser Verhandlungen äußerst skeptisch gegenüber, wenn auch die Regierung angestrebt hat, sich in ihren Vorschlägen der Auffassung der englischen Regierung über die Lösung der Reparationsfrage wesentlich anzupassen. Bonar Law hat bekanntlich eine endgültige Festlegung der deutschen Verpflichtungen auf 50 Milliarden Goldmark, die durch das angeregte Kreditkontingentsystem auf 30 Milliarden reduziert werden sollen, vorgeschlagen. Ferner hat er in Aussicht gestellt, daß gewisse Leistungen und Vorauszahlungen in Anrechnung gebracht werden sollen. Diese Auffassung entspricht, soweit die Höhe der deutschen Verpflichtungen in Frage kommt, dem Plan, den die Regierung Fehrenbach im März 1921 durch den Reichsaussenminister Simons in London hat vertreten lassen. Die Regierung Cuno, die sich während der Zeit ihrer Regierungstätigkeit äußerst arm an eigenen Ideen gezeigt hat, greift diesen Plan in ihren Grundzügen auf und trägt damit der Ansicht des englischen Ministerpräsidenten einigermassen Rechnung. Gegenüber zwischen der deutschen und der englischen amtlichen Auffassung scheinen aber über die Art des Zahlungsmodus zu bestehen. Hieran trägt vor allem die Abstinenz der Industrie Schuld. Man will z. B. die als endgültig angebotene Summe in zwei Raten in einem Abstand von zehn Jahren zahlen.

Die Regierung läßt ihre Vorschläge nicht in Form einer Note überreichen, sondern will sie durch Staatssekretär Bergmann vor dem Forum der Pariser Konferenz mündlich fixieren lassen. Das scheint uns um so mehr angebracht, als ihr damit die Möglichkeit bleibt, im gegebenen Falle vielleicht schriftliche Vorschläge vorzulegen, die den Wünschen der Alliierten je nach Möglichkeit mehr entsprechen. Jedenfalls erwarten wir, daß die Regierung, zu deren Verhandlungsgeschick wir gerade kein besonderes Vertrauen haben, auch die geringste Verhandlungsmöglichkeit ausnützt und sich nicht der Prinzipienreiterei hingibt, wo es sich lediglich um Formfragen handelt.

Die Situation ist ernst. Schon läßt Poincaré verkünden, daß er den Vorschlag Bonar Laws ablehnen wird und auf seiner Barade festhält: kein Moratorium ohne Pfänder! Deutschland hat deshalb um so mehr die Verpflichtung, zum mindesten keine Möglichkeit zu verpassen, die es auf Seiten Englands bringt.

Das Wirtschaftsjahr 1922

Winter und liegt ein Jahr, das dem deutschen Volke eine Fülle der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten brachte. Die schwere Lage unserer Volkswirtschaft kommt zum Ausdruck in dem Stand des Devisenkurses, der im Laufe des vergangenen Jahres katastrophal sank. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres war der Devisenkurs infolge der großen Zahlungen, die wir auf Reparationskonto leisteten, erheblich gesunken.

Der Markkurs, der in diesem Jahre eingetretene, ließ alles bisher Erlebte hinter sich. Im Monat Januar u. A. betrug der Durchschnittskurs des Dollars an der Berliner Börse 191,8. In der ersten Hälfte des Jahres hielt sich die Markensparierung in mäßigen Grenzen. Bis zum Juni war der Durchschnittskurs des Dollars erst bis auf 317,4 gestiegen, die letzten Monate des Jahres brachten dann eine ungeheure Verschärfung der Markensparierung. Im Juli stand der Durchschnittskurs des Dollars auf 408,2, im September auf 1465,9, im Oktober aber bereits auf 3181,0. In den letzten beiden Monaten ist dann die Mark noch in viel höherem Maße gesunken. Der höchste Dollarkurs wurde im Laufe des Monats November mit 9160 erreicht. Seitdem hat der Dollar etwa zwischen 5000 und 9000 hin- und hergeschaukelt. In der letzten Hälfte des Jahres führten die Nachrichten über die in Aussicht stehende amerikanische Kredithilfe zu einem Sinken des Dollars bis nahezu auf 6000 herunter. In den letzten Tagen des Jahres aber bewegte sich der Dollar wieder nach aufwärts. Auf die Ursachen der Entwertung unseres Geldes ist schon oft genug hingewiesen worden, sie liegen in unserer schlechten Zahlungsbilanz, die bedingt ist durch die großen Lasten, die uns auf Grund des Friedensvertrages auferlegt wurden, dann aber auch durch den schlechten Stand unserer

Handelsbilanz. Zwar ist es uns gelungen, eine Ermäßigung und eine Erhöhung der Zahlungen zu erreichen, die wir nach dem Sonderabkommen zahlen sollten. Vorzahlungen haben wir in den letzten Monaten des Jahres überhaupt nicht zu leisten brauchen. Wenn trotzdem gerade in diesen Monaten die Mark so stark gesunken ist, so nur deswegen, weil man im Ausland das Vertrauen auf die künftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands verlor und die ausländischen Marktspekulanten ihre Markdoornie in großen Mengen auf den Markt werfen. Das Devisenhandeln der inländischen Spekulanten und die Kreditkäufe von Händlern und Fabrikanten haben ihr Teil dazu beigetragen, um den Devisenkurs in die Höhe zu treiben. Über unsern Außenhandel liegen folgende Zahlen vor:

	Einfuhrwert (Spezialhandel) Millionen Goldmark	Ausfuhrwert (Spezialhandel) Millionen Goldmark
Januar	830,4	834,8
Februar	859,8	857,9
März	668,8	394,1
April	508,0	326,8
Mai	606,2	391,6
Juni	164,8	416,8
Juli	884,8	330,8
August	645,1	342,0
September	421,8	280,4
Oktober	581,7	389,9

Also in fast allen Monaten ein Einfuhrüberschuß. Das Ergebnis unserer Außenhandelsbilanz zeigt, daß wir doch häufig zu großen Zahlungen auf Reparationskonto nicht in der Lage sind und daß wir dazu auch dann nicht imstande wären, wenn tatsächlich der Wohlstand Deutschlands zugunommen hätte, wie das von Poincaré behauptet wird. Für unsere internationale Zahlungsfähigkeit ist nicht nur der innere Wohlstand Deutschlands, sondern vor allem der Stand unserer Außenhandelsbilanz maßgebend. Zur Leistung so großer Zahlungen, wie sie die Entente von uns haben will, brauchen wir gewaltige Mengen Devisen, die wir nur bekommen können, wenn der Wert unserer Ausfuhr den Wert unserer Einfuhr erheblich übersteigt. Wenn es auch nicht zu leugnen ist, daß sich in Deutschland wirtschaftlich hier und da manches gebessert hat, so haben doch die Massen des deutschen Volkes von einem zunehmenden Wohlstand Deutschlands sicher nichts gemerkt, im Gegenteil, trotz allen Lohn- und Gehaltsrückstellungen war das vergangene Jahr für den größten Teil des deutschen Volkes, besonders für die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner

eine schwere Leidenszeit. Da wir fast überall die freie Wirtschaft eingeführt haben, konnte es nicht verhindert werden, daß das Inlandspreisniveau mit rasender Schnelligkeit dem Dollar folgte. Für den Januar wurde vom Statistischen Reichsamt der Großhandelsindex auf 8966 (1913 = 100) berechnet, er stieg bis zum Juni auf 9965, im Oktober hatte er bereits die Höhe von 56 601 erreicht. Die Indexzahlen für die Kosten der Lebenshaltung ohne Bekleidung wurden vom Statistischen Reichsamt berechnet: Im Januar auf 1325 (1913/14 = 100), im Juni auf 3779, im Oktober auf 19 504 und im November auf 40 047. Mit dieser schnellen Zunahme der Kosten der Lebenshaltung konnte die Steigerung der Gehälter und Löhne nicht Schritt halten, so daß sich die Lage der breiten Massen immer mehr verschlechterte. Infolge des schnellen Sinkens der Inlandspreise sind wir immer mehr an die Weltmarktpreise herangekommen und hatten sie bei einigen Waren, so z. B. beim Holz und beim Walzeisen, schon vor der letzten Senkung des Dollarkurses übertraffen. Das Sinken des Dollars in den letzten Tagen hat offenbar dazu geführt, daß bei vielen Waren der Weltmarktpreis überschritten wurde. Nach einer Berechnung der Industri- und Handelszeitung vom Großhandelspreisindex in der Woche vom 16. bis 23. September auf das 1648fache der Vorjahreshöhe, während das Dollarkursniveau nur das 1587fache des Friedensjahres erreicht hatte. Nach dieser Statistik müßten in meinem

1922 IV 2482